



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 80/028/2021 Status: öffentlich AZ: Datum: 29.09.2021 Verfasser: Dezernat III Techn. Beig. Ansgar Lurweg
Federführend: Dezernat III	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 19.09.2021:	
Schallschutz im Bereich der ehemaligen A61	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
05.10.2021	Ausschuss für Braunkohle, Strukturwandel und LandFolge

Tatbestand:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz stellt nachfolgenden Antrag zur Beratung in der 4. Sitzung des Ausschusses für Braunkohle, Strukturwandel und Landfolge:

„Der Rat der Stadt Erkelenz wird beauftragt, überprüfen zu lassen, ob eine mobile Schallschutzwand im Bereich der ehemaligen A 61 möglich ist, auf einer Gesamtlänge von Wanlo bis Lützerath“.

Für die Begründung wird auf den in der Anlage beigefügten Antrag verwiesen.

Zuständig für den Immissionsschutz im Randbereich des Tagebaues ist die Bezirksregierung in Arnsberg. Der Rat der Stadt Erkelenz hat außer möglichen politischen Forderungen keine Prüfkompetenz und auch keine direkte Einflussmöglichkeit. Natürlich müssen Immissionsschutzwerte durch den heranrückenden Tagebau auch bei den Umsiedlungsorten eingehalten werden. Das wird im Regelfall in den Hauptbetriebsplänen durch den Tagebaubetreiber nachgewiesen. Welche Maßnahmen dazu erforderlich sind entscheidet dann die zuständige Behörde.

Ob sich Änderungen im Bereich des Immissionsschutzes für die Umsiedlungsstandorte durch die Leitentscheidung 2021 ergeben ist der Verwaltung bisher nicht bekannt. Die Verwaltung kann die Fragestellung an die zuständige Bezirksregierung Arnsberg herantragen und dann in der nächsten Sitzung des BSL dazu berichten.

Beschlussentwurf:

„...“

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlage:

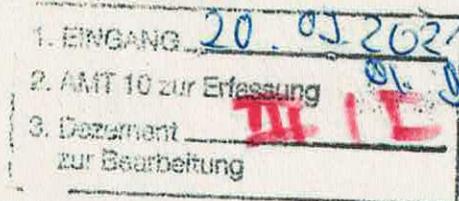
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.09.2021



Bündnis 90/Die Grünen – Ratsfraktion – 41812 Erkelenz

An Herrn Bürgermeister Stephan Muckel

Johannismarkt
41812 Erkelenz



Erkelenz, den 15.04.2021

21.09

Antrag: Schallschutz im Bereich der ehemaligen A61

Erkelenz, den 19.09.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Muckel, sehr geehrter Herr Merkens,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Erkelenz stellt nachfolgenden Antrag zur Beratung in der 4. Sitzung des Ausschusses für Braunkohle, Strukturwandel und Landfolge:

„Der Rat der Stadt Erkelenz wird beauftragt, überprüfen zu lassen, ob eine mobile Schallschutzwand im Bereich der ehemaligen A61 möglich ist, auf einer Gesamtlänge von Wanlo bis Lützerath.“

Begründung:

Die Menschen in den verbliebenen Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich, Beverath sowie Lützerath, sind massiven Auswirkungen durch den Tagebau ausgesetzt.

Im Herbst 2020, wurden von RWE in Auftrag gegebene Rodungsarbeiten auf dem so genannten Wall (A61) durchgeführt. Seit diesem Tag ist keinerlei Schutz vor Lärm, Schmutz und Wind mehr gegeben. Anwohner berichten sogar davon, nachts die Mitarbeiter im Tagebau reden zu hören.

Da eine Entscheidung über die Weiterführung des Tagebaus und einem eventuellen Verbleib der Dörfer erst Ende 2026 getroffen werden soll, muss hier der Schutz der Menschen, die bereits seit Jahrzehnten mit den Auswirkungen des Tagebaus leben müssen, besonders beachtet werden.

Den Menschen in den Dörfern steht das gleiche Recht auf unbeschwertes Wohnen zu wie anderen Menschen, die nicht an einem Tagebau leben.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Josef Dederichs
Fraktionsvorsitzender

Beate Schirrmeister-Heinen
Stellv. Fraktionsvorsitzende